

# Corona-Hilfen zu schleppend ausgezahlt

## Debatte im Parlament über Förderprogramme

Viele Unternehmen warten seit Monaten auf versprochene Finanzhilfen. Nun wird der Lockdown mindestens bis zum 7. März verlängert. Während IHK-Präsidentin Beatrice Kramm kritisierte, dass es weiterhin keine Pläne für eine Wiedereröffnung der Wirtschaft gebe (siehe Text unten), verlief die Debatte im Abgeordnetenhaus über Coronahilfen auf FDP-Antrag am Donnerstag teils sehr hitzig. Die Opposition kritisierte die Koalition vor allem die zäh fließenden Hilfszahlungen an Unternehmen. Nur 12,2 Prozent der Überbrückungshilfen seien bisher ausbezahlt worden, kritisierte FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja. Acht Prozent der Berliner Unternehmen stünden kurz vor der Insolvenz.

„Es ist keine einfache Situation, in der wir uns befinden“, räumte Wirtschaftsministerin Ramona Pop (Grüne) ein und kündigte neue Landesprogramme an. Geplant sei eine „Neustarthilfe Berlin“, ein 150 Millionen Euro umfassendes Zuschussprogramm für Soloselbstständige und ein Unternehmerlohn bei Kleinunternehmen bis fünf Mitarbeiter. Außerdem prüft die Wirtschaftsverwaltung die Auflage eines Programms „Berlin Invest“.



S. Czaja

Nach Tagesspiegel-Informationen soll dieses Förderprogramm mit einem Volumen von 60 Millionen Euro über drei Jahre für kleine und mittlere Unternehmen im Einzelhandel, Gastronomie oder für Freiberufler gelten, die von der GRW-Förderung (Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) ausgenommen sind.

Die FDP kritisierte, dass das Land keine „Reserveleistung“ anbiete. Die Bürgschaftsbank müsse sich stärker involvieren, die Finanzämter müssten schnellere Hilfsleistungen ermöglichen. CDU-Wirtschaftspolitiker Christian Gräff forderte zinslose Schnellkredite vom Land Berlin. 60 Millionen Euro müssten für Kulturförderungen zur Verfügung stehen ebenso wie Programme für Hotels und Gaststätten. Die anstehenden

Die anstehenden harten Wochen würden Politiker nicht betreffen, dafür aber Unternehmer und Soloselbstständige. „Die Aufgabe von uns allen ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Hilfen ausbezahlt werden und die Verwaltung reibungslos funktioniert.“



Pop warf der Opposition doppelte Standards vor: Als in Berlin zwei Milliarden Euro an einem Wochenende zu Beginn der Pandemie an Soforthilfen an Betroffene ausbezahlt wurden, habe die CDU nach besserer Kontrolle der Anträge gerufen. Jetzt gebe es allein 90 Seiten Vollzugshinweise bei Überbrückungshilfen III. Und Liquiditätshilfen würden nicht allein im staatlichen Verantwortungsbereich liegen. „Das ist auch die Verantwortung der Hausbanken.“ Die müssten mit ins Boot geholt werden. „Mit der Bürgschaftsbank sind wir längst im Gespräch. Wir hoffen, bald und schnell in die Puschen zu kommen.“

Der SPD-Parlamentarier Jörg Stroedter forderte, der Senat solle notleidenden Unternehmen über Rücklagen Zwischenfinanzierungen gewähren. Stroedter erwartet auch von der Investitionsbank Berlin auf Rückzahlungen von Finanzhilfen während des Lockdowns zu verzichten oder diese zu stunden – auch wenn Unternehmen Hilfen erhalten hatten, die nicht eindeutig unter die Förderungskriterien fielen.



Ramona Pop

Für Hotels und Gaststätten gebe es nach wie vor keine Öffnungsperspektive, kritisierte der AfD-Parlamentarier Frank-Christian Hansel. Weder auf Landes- noch auf Bundesebene seien die Chancen einer ausgewogenen Corona-Politik aufgegriffen worden. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses nannte jedoch keine Alternativen.

Immerhin waren sich Koalition und die Opposition in ihrer Kritik Richtung Bund einig. Der Bund habe bei den Unterstützungshilfen versagt. „Er verspielt die Hoffnungen“, sagte Carsten Schatz, Fraktionschef der Linken. Grünen-Wirtschaftspolitikerin Nicole Ludwig betonte die Lücken in der Förderung: Soloselbstständige bräuchten einen Sockelbetrag, „ein Fixum, von dem sie leben können“.

Ein von der FDP eingereichter Stufenplan für Lockerungen von Branchen abhängig von Inzidenzwerten wurde in die Ausschüsse überwiesen. Die CDU hatte am Wochenende eine „Low Covid“-Strategie vorgestellt, wonach erst ab einer Inzidenz von 20 überhaupt gelockert werden dürfe.

SABINE BEIKLER